

## Niederschrift Finanzausschuss (Sitzung FIA/001/2011)

am 08.02.2011	von 17:00 Uhr bis 20:10 Uhr
im Sitzungsraum im Hohenzollernbad, EG 12, Moltkestraße 45, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Margit Ahus
------------------------

Mitglieder	Bemerkungen
Frau Margit Ahus            CDU	
Herr Axel Osterberg        CDU	
Herr Michael Dummer       SPD	
Herr Jan Kristian Hoster    FDP	
Frau Monika Hüttenmeister CDU	
Herr Jürgen Kleine         CDU	
Herr Dieter Kuxdorf        SPD	
Herr Helmut Schäfer        GRÜNE	
Herr Günter Stricker        CDU	
Frau Annette Tillmann      CDU	
Herr Ralf Wurth             SPD	
Herr Udo Schäfer            pro NRW	
Frau Ina Albowitz-Freytag    FDP	Vertretung für Frau Birgit Hähn
Herr Peter Biesenbach       CDU	Vertretung für Herrn Wilhelm Schmitz
Herr Jürgen Grafflage       GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Vogel
Frau Ursula Mahler          SPD	Vertretung für Herrn Wilhelm Stahl
Herr Jürgen Simeth          DIE LINKE	Vertretung für Herrn Matthias Lammerich

<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
Frau Birgit Hähn	FDP
Herr Matthias Lammerich	LINKE
Herr Wilhelm Schmitz	CDU
Herr Wilhelm Stahl	SPD
Frau Angelika Vogel	GRÜNE
Herr Karl Heinz Vach	UWG

<b>Teilnehmer Verwaltung</b>	
Landrat	Hagen Jobi
Kreisdirektor	Jochen Hagt
LKMD	Dr. Jorg Nürnberg
LKRD	Dr. Christian Dickschen
LKBD	Uwe Stranz
KOVR	Jochen Hasenbach
KVD	Reinhard Schneider

<b>Gäste:</b>
Herr Halbe (Bürgermeister Stadt Bergneustadt)
Herr Dr. Karthaus (Bürgermeister Gemeinde Engelskirchen)
Herr Helmenstein (Bürgermeister Stadt Gummersbach)
Herr Tillmanns (Kämmereileiter Stadt Hückeswagen)
Herr Dr. Tebroke (Bürgermeister Gemeinde Lindlar)
Herr Bukowski (Bürgermeister Gemeinde Morsbach)
Herr Redenius (Bürgermeister Gemeinde Nümbrecht)
Herr Dr. Korsten (Bürgermeister Stadt Radevormwald)
Herr Gennies (Bürgermeister Gemeinde Reichshof)
Herr Becker-Blonigen (Bürgermeister Stadt Wiehl)
Herr Trompeter (Kämmerer Stadt Wipperfürth)

Die Niederschrift führt Wolfgang Hamm.

## Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
-------------	--------------------	----------------

<b>A Öffentlicher Teil</b>		
1	Einwohnerfragen	
2	Kreishaushalt 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 hier: Beteiligung der Kommunen gemäß § 55 Kreisordnung NRW (KrO NRW)	0006/2011/I
3	Anträge	
4	Anfragen	
5	Mitteilungen	
<b>B Nichtöffentlicher Teil</b>		
6	Anträge	
7	Anfragen	
8	Mitteilungen	

\* \* \* \* \*

<b>A Öffentlicher Teil</b>		
<b>Zu TOP 1:</b>	<b>Einwohnerfragen</b>	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	

<b>Zu TOP 2:</b>	<b>Kreishaushalt 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 hier: Beteiligung der Kommunen gemäß § 55 Kreisordnung NRW (KrO NRW)</b>	<b>0006/2011/I</b>
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).	

KTM Schäfer bittet darum, abweichend von § 28 der Geschäftsordnung Kreistag, den Diskussionsverlauf der heutigen Sitzung in der Niederschrift darzustellen.

Einleitend stellt **Kreisdirektor Hagt** in einem Powerpointvortrag die Daten des Haushaltsentwurfs 2011 vor und verweist auf die ausliegende Tischvorlage, in der die Auswirkungen der 1. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 auf den Haushaltsentwurf sowie der aktuelle Sachstand des Veränderungsnachweises zum Haushaltsentwurf 2011 dargestellt sind. Kreisdirektor Hagt weist darauf hin, dass – ohne Berücksichtigung der noch nicht entschiedenen politischen Anträge zum Haushalt – die Verbesserungen aus dem Entwurf zum GFG 2011 durch die zwischenzeitlich eingetretenen und im Veränderungsnachweis aufgeführten Verschlechterungen bis auf einen Restbetrag von rd. 60.000 € aufgezehrt seien.

**KTM Schäfer** moniert, dass im Veränderungsnachweis die finanziellen Auswirkungen des Antrages der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines Sozialtickets unrealistisch dargestellt seien. **KTM Wurth** ergänzt, dies gelte ebenfalls für die Kosten zur Barrierefreiheit. **Herr Stranz** erläutert die Zahlen aus Sicht der Verwaltung. Weitere Detailinformationen hierzu würden in den kommenden Sitzungen des Bau- und des Sozialausschusses gegeben.

**BM Becker-Blonigen** bedankt sich im Namen der Bürgermeister für die Einladung zur heutigen Sitzung.

Anschließend berichtet **BM Helmenstein** aus Sicht der Bürgermeister aus dem Arbeitskreis Finanzen. BM Helmenstein führt aus, dass die Gespräche sehr sachlich geführt worden seien und fortgesetzt werden sollen. Dem Oberbergischen Kreis müsse eine adäquate Finanzausstattung zugestanden werden, gleichzeitig dürfe die Höhe der Kreisumlage aber nicht zu einer Erdrosselung der kreisangehörigen Städte/Gemeinden führen.

BM Helmenstein bedauert, dass eine von den Bürgermeistern geforderte Reduzierung der geplanten Erhöhung der Kreisumlage auf 43,x % (statt 45,5 %) nicht konsensfähig war. Eine Durchforstung des Kreishaushaltes auf Einsparpotential durch die Bürgermeister lehnt BM Helmenstein ab. Die Entwicklung von Sparvorschlägen sei Sache des Landrates. In den kommenden Gesprächen müsse aber

die Frage geklärt werden, welche Aufgaben örtliche Aufgaben der Gemeinden seien und welche Aufgaben als überörtliche Aufgaben dem Kreis obliegen. Ein Aufgabendualismus sei zu vermeiden, konfliktträchtiges Beispiel sei die Wirtschaftsförderung des Kreises. Weiter fordert BM Helmenstein den Abbau von Standards bei der Aufgabenerledigung. Dies könne durch eine Aufgabenkritik, Organisationsuntersuchungen und der Beteiligung an Benchmarks erreicht werden. Hierbei sollte auch die Personalausstattung des Kreises überprüft werden, wobei BM Helmenstein einschränkend darauf hinweist, dass die Personalausstattung des OBK in den Querschnittsämtern unterdurchschnittlich sei. BM Helmenstein kritisiert, dass das im Haushaltssicherungskonzept (Vorbericht S. 76) ausgewiesene Einsparvolumen von rd. 3,0 Mio. € im Zeitraum von 2011 bis 2014 in Relation zum Haushaltsvolumen unzureichend sei.

Abschließend weist BM Helmenstein darauf hin, dass durch eine Klage/Gerichtsentscheidung ein Streit auch sachorientiert beendet werden könne. Angesichts der bisherigen Gerichtsentscheidungen werden einer Klage von den Kommunen gegen den Kreis/die Kreisumlage geringe Erfolgsaussichten eingeräumt. Mit der Einführung von NKF sei hier aber eine neue Situation entstanden, da der Eigenkapitalverzehr der Kommunen die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung der Kommunen gefährde.

**BM Dr. Karthaus** weist darauf hin, dass im Verhältnis von Kreis zu Kommunen auch die Probleme des anderen erkannt werden müssten. Für die Kommunen formuliert BM Dr. Karthaus folgende Forderungen an den Kreis:

- Anhebung der Kreisumlage in 2011 auf maximal 43,x%
- Weitere Umlagesenkungen in Folgejahren im Sinne der Nachhaltigkeit
- Absenkung der Standards beim OBK, sowohl im freiwilligen als auch im pflichtigen Aufgabenbereich
- hierzu Heranziehung von Ergebnissen der GPA-Prüfungen und Durchführung von Organisationsuntersuchungen sowie Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes
- Dauerhafte Verbesserung von Kooperation und Koordination zwischen Kreis und Kommunen
- Abbau von Aufgabenüberlagerungen zwischen Kreis und Gemeinden.

Abschließend weist BM Dr. Karthaus darauf hin, dass beim OBK aus

seiner Sicht noch deutliche Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung vorhanden seien, die ausgeschöpft werden müssten.

**KTM Wurth** führt aus, dass im AK-Finzen drei Forderungen bzw. Vorschläge erarbeitet wurden:

- Anhebung der Kreisumlage in 2011 auf maximal 43,x%. Hierzu sei keine Einigung erzielt worden.
- Dialog über Einsparpotentiale im Kreishaushalt, wie bereits von BM Dr. Karthaus dargestellt. Hier bestehe Einvernehmen, die Gespräche fortzuführen.
- Prüfung von Klagemöglichkeiten, a) Kommunen gegen den Kreis/die Kreisumlage, b) Kreis gegen Bezirksregierung, c) Kreis bzw. Kreis und Kommunen gegen das GFG/unzureichende Finanzausstattung der Kommunen.

**BM Becker-Blonigen** weist darauf hin, dass diese Diskussion in den vergangenen Jahren bereits geführt worden sei, ohne dass sich in der Problematik nennenswert etwas verändert habe. Den Kommunen würden durch die hohen Abführungsrate von Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage kaum noch Mittel zur Aufgabenerledigung verbleiben. Als Folge trete ein Vermögensverzehr ein, der zum Abbau von örtlichen Strukturen und zur Abwanderung von jungen Menschen führen würde, da die Region unattraktiv würde. Als Folge würde die zukünftige Wertschöpfung weiter zurückgehen und zu noch größeren Problemen führen. Bei der Betrachtung des Kreishaushaltes müssten auch die Haushalte der kreisangehörigen Städte/Gemeinden in die Betrachtung mit einbezogen und ein Vergleich zu den kreisfreien Städten hergestellt werden. Die Städte/Gemeinden könnten weitere Belastungen nicht mehr an die Bürger und Unternehmen weitergeben, da die Belastungsgrenze erreicht sei. Die Kommunen würden durch Vorgaben von Bund und Land immer stärker belastet. Im GFG-Entwurf 2011 gebe es zudem eine Verschiebung zu Gunsten der Ballungsräume. Die kommunale Selbstverwaltung verliere ständig.

**BM Redenius** erklärt, dass auf allen Ebenen zu wenig Geld vorhanden sei. Die Hoffnungen, die er in den AK-Finzen gesetzt habe, seien nicht erfüllt worden. In den letzten 15 Jahren seien die Belastungen der Gemeinde Nümbrecht aus der Kreisumlage deutlich höher gestiegen als das Steueraufkommen der Gemeinde Nümbrecht. Hier sei in den letzten Jahren eine Schieflage entstanden, die so

nicht weiter gehen könne. Der Kreis benötige zur Aufgabenerfüllung zwar die Mittel aus der Erhöhung der Kreisumlage, sollte aber ein politisches Signal setzen und eine Erhöhung der Umlage verweigern. Sofern der Kreis nicht reagiere und den angekündigten Hebesatz nicht um mindestens 0,5 – 1,0%-Punkte senke, werde die Gemeinde Nümbrecht gegen den Kreis klagen.

**BM Halbe** weist darauf hin, dass das Finanzierungssystem krank sei. Obwohl dieser Umstand allgemein und auf allen politischen Ebenen bekannt sei, tue keiner etwas dagegen. Die hieraus resultierende stetige Erhöhung der Verschuldung sei allen egal. Bestes Beispiel sei die vom Land geplante Änderung des § 76 GO, die die Lasten nur weiter in die Zukunft schiebe. Bei der Stadt Bergneustadt übersteige die Belastung aus der Kreisumlage die Summe sämtlicher Steuereinnahmen. Bereits im Jahr 2012 sei das Eigenkapital der Stadt vollständig aufgezehrt, so dass die Stadt bankrott sei. Er frage sich, wie lange die Stadt von den Banken noch Kassenkredite erhalte und wann die Zahlungsunfähigkeit eintrete. Hier seien dringend politische Lösungen erforderlich. BM Halbe appelliert an die politischen Vertreter, diese Probleme schnellstmöglich an die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen heranzutragen.

**KTM Schäfer** sieht die Zusage des Landrates zur Verbesserung der Kommunikation mit den Kommunen als positives Signal. Er sieht jedoch eine Abwehrhaltung der Kreisverwaltung. Die Probleme seien bereits seit Jahren bekannt. Die Kommunen hätten hier in der Vergangenheit bereits gute Konzepte entwickelt und wären in vielen Bereichen besser als der Kreis aufgestellt. Ein Beispiel sei die interkommunale Zusammenarbeit, die auch vom Kreis geprüft werden müsse.

**BM Dr. Korsten** führt aus, dass in Radevormwald die Belastungen aus der Kreisumlage höher als die gesamten Personalaufwendungen der Stadt seien. Angesichts der Entwicklungen könne die Infrastruktur nicht mehr aufrechterhalten werden. Auch wenn der Kreis allein die Probleme nicht lösen könne, müsse der Kreis die Probleme der Kommunen sehen und sollte über eine symbolische Absenkung der Kreisumlage Solidarität mit den Kommunen zeigen.

**BM Bukowski** weist darauf hin, dass der Kreis nicht wahrnehme, wie schlecht es den Kommunen gehe. Diese müssten die Belastun-

gen an ihre Bürger weitergeben. Zur Kompensation der Kreisumlageerhöhung aus 2010 hätte die Gemeinde Morsbach den Hebesatz der Grundsteuer B von 400% auf 530% erhöhen müssen. Bei vielen Aufgaben, z.B. der Wirtschaftsförderung, sei der Bürgermeister näher an den Firmen als der Kreis. Trotzdem dürften die Kommunen – im Gegensatz zum Kreis – aufgrund der Haushaltssicherung hier nicht tätig werden, da es sich um freiwillige Aufgaben handele. Er wünsche sich und unterstütze eine bessere Kooperation zwischen Kreis und Gemeinde.

**KTM Biesenbach** erklärt, dass die Argumente der Bürgermeister richtig seien, der Kreis aber der falsche Ansprechpartner sei, da das System vom Kreis nicht geändert werden könne. Der AK-Finzen sei vom Kreistag auch nicht eingerichtet worden, um – wie in einem Diskussionsbeitrag angeklungen sei - eine Zusage der Kommunen zum Optionsantrag zu bekommen. Das Optionsmodell mache Sinn und soll zu Einsparungen führen. Sofern die Kommunen dies nicht wollten, wäre er bereit, den Optionsantrag zurückzuziehen.

KTM Biesenbach verweist auf die Gespräche im AK-Finzen. Die dort genannten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele sollten angestrebt werden. Der Landrat habe hierzu seine Bereitschaft erklärt. Vorschläge der Kommunen, z.B. zum Thema „doppelte Aufgabewahrnehmung“ sollten ergebnisoffen diskutiert und angegangen werden. KTM Biesenbach weist darauf hin, dass die Kreisumlage – insbesondere vor dem Hintergrund der vom Kreis zu tragenden sozialen Lasten – real auf rd. 50% angehoben werden müsste. Mit der verringerten Anhebung auf 45,5%, dem Verzicht auf die Geltendmachung der Altfehlbeträge und dem geplanten Einsatz der Allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 11,2 Mio € zeige der Kreis seine Solidarität mit den Kommunen. Auch für die Folgejahre wolle der Kreis zur Entlastung der Kommunen weitere Teile der Rücklage einsetzen. Die Forderung nach einer weiteren pauschalen Senkung der Kreisumlage lehne die CDU ab. Dies würde zu einem unwahren Haushalt führen, da diese Kürzungen ohne konkrete Sparvorschläge im Rechnungsergebnis nicht gehalten werden könnten und die Probleme nur verschoben würden. Besser sei es, im gemeinsamen Gespräch Sparvorschläge zu suchen. Sofern Vorschläge gefunden würden, könnte die Umlage entsprechend gesenkt werden. Hierzu könnte auch überlegt werden, die Verabschiedung des Haushalts auf Juni zu verschieben.

Abschließend schlägt KTM Biesenbach eine gemeinsame Klage des Kreises und der Kommunen gegen eine unzureichende Finanzausstattung/GFG 2011 vor. Im Gegensatz zu einer Klage von einer Kommune gegen den Kreis müsste das Gericht dann auch prüfen, ob die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt in Ordnung sei. Der Kreis Recklinghausen klage bereits gemeinsam mit seinen Kommunen gegen die Gemeindefinanzierungsgesetze der Vorjahre. Bei einer Klageentscheidung sei es sinnvoll, durch Einschaltung von Juristen/Gutachtern vorab die Klageaussichten prüfen zu lassen, um das Prozesskostenrisiko zu minimieren.

**KTM Wurth** führt aus, dass die Option für den Kreis und die Kommunen sinnvoll sei und die Diskussion über die Höhe des Kreisumlagehebesatzes nicht mit der Optionsfrage verknüpft werden sollte.

KTM Wurth hält weitere Einsparungen von 1 bis 2% des Haushaltsvolumens für realistisch. Dies entspräche einer geringeren Anhebung der Kreisumlage von mindestens 1%-Punkt. Bei einer entsprechenden geringeren Erhöhung des Hebesatzes würde im Jahr 2011 gegenüber der jetzigen Planung ein erhöhter Einsatz der Allgemeinen Rücklage erfolgen, in den Folgejahren könnte dieser Eigenkapitalverzehr über die Einsparungen aber wieder aufgefangen werden.

Eine Klage gegen das GFG würde sich gegen eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch das Land richten und sollte unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Landesregierung betrachtet werden. Die SPD befürworte eine entsprechende Klage. Daneben plädiere die SPD für eine Mindererhöhung der Kreisumlage. Zur Kompensation sollten die Gespräche im AK-Finzen fortgesetzt und eine Haushaltsstrukturprüfung für das Haushaltsjahr 2012 durchgeführt werden. Sofern man sich gemeinsam auf diese Basis verständige, könnte die SPD auch dem Haushalt 2011 zustimmen.

**BM Helmenstein** sieht in einer Klage zumindest die Chance, dass sie zu einem Rechtsfrieden führen könne, auch wenn sie den angestrebten Erfolg nicht brächte. Den Verantwortlichen beim Land müsse die Belastung durch die Kreisumlage deutlich gemacht werden.

**KTM Schäfer** befürwortet nochmals die Fortsetzung der Gespräche und eine gemeinsame Klage gegen das GFG. Eine Klage dürfe aber nicht von den aktuellen Problemen ablenken. Einigkeit bestehe über alle Fraktionen, dass das System krank sei. Sofern die geplante Er-

höhung der Kreisumlage nicht reduziert werde, würde nach den Aussagen der Bürgermeister mindestens eine Kommune gegen den Kreis klagen. Als Folge müsste der Kreis unnötig Energie für eine Rechtfertigung bzw. Klageabweisung aufbringen. Dies wäre die schlechteste Lösung. Alternativ könnte der Kreis auf eine Umlageerhöhung gänzlich verzichten und gemeinsam mit den Kommunen klagen. Als Kompromisslösung könnte die Erhöhung der Kreisumlage aber auch auf 43,x% begrenzt werden. Durch eine Änderung der Verwaltungsstruktur und den Abbau von Hierarchieebenen könnten entsprechende Einsparungen erzielt werden.

**BM Halbe** weist darauf hin, dass bereits Klagen von Kreisen/Kommunen gegen eine unzureichende Finanzausstattung/GFG laufen. Eine weitere Klage müsste individuell begründet werden und verursache Aufwand. Er halte es für besser, Gesetze politisch zu ändern, als gegen Gesetze zu klagen.

**KTM Biesenbach** weist darauf hin, dass die Systemprobleme im Kreistag nicht gelöst werden könnten. Politische Verhandlungen von großen Reformen würden meist mehrere Jahre dauern. Die Hoffnung nach einer kurzfristigen politischen Lösung sei daher gering. Die wiederholte Forderung nach einer geringeren Erhöhung der Kreisumlage halte er für unrealistisch. Der Haushalt sei abgewogen aufgestellt und sehe bereits eine deutliche Inanspruchnahme der Rücklage in 2011 und den Folgejahren vor. Eine Senkung des Hebesatzes um 1%-Punkt löse auch die Probleme vor Ort nicht. Außerdem enthalte der Haushalt auch Risiken, z.B. Personalkostensteigerungen aufgrund von Tarifabschlüssen, die Entwicklung des Sozialtats etc.

**BM Redenius** führt aus, dass er – im Gegensatz zu den übrigen Bürgermeistern- das Optionsmodell ablehne. Der Kreis wolle, im Gegensatz zur Bundesagentur für Arbeit, an den 13 dezentralen Standorten festhalten. Angesichts des Kostendrucks sei hier eine Standortdiskussion zu erwarten, wenn doch nicht alle Standorte gehalten werden könnten. Hier würden sich Zusatzbelastungen abzeichnen, die dann über die Kreisumlage die Kommunen belasten könnten. Zum Kreishaushalt führt BM Redenius aus, dass die Kommunen erwarten, dass der Kreis die Verbesserungen aus dem GFG an die Kommunen weitergebe. Bei eventuellen Tarifierhöhungen erwarte er, dass der Kreis nicht seine Umlage erhöhe, sondern diese selbst auffange.

**BM Gennies** erklärt, dass angesichts der finanziellen Lage der Kommunen eine Erhöhung des jetzigen Umlagesatzes von 40,87% nicht vertretbar sei. Bei einer Erhöhung der Kreisumlage drohe den Kommunen der finanzielle Kollaps. Er befürworte ebenfalls eine Klage, erwarte aber auch, dass sich die Politik auf ihrer Schiene über alle Ebenen für Veränderungen stark mache.

**KTM Albowitz** bewertet die bisher geführten Gespräche positiv. Den Wunsch der Bürgermeister, die Kreisumlage nicht weiter zu erhöhen, habe man verstanden. Auch sperre sich die FDP nicht gegen eine Klage. Frau Albowitz stellt die Frage, wie nun weiter gearbeitet werden soll und wie die von BM Dr. Karthaus aufgelisteten Maßnahmen konkret angegangen werden sollen. Hierbei stelle sich auch die Frage nach der Legitimation des AK-Finzen bzw. ob ein neues Gremium zur Umsetzung der Vorschläge eingerichtet werden soll.

**BM Dr. Tebroke** weist darauf hin, dass eine Klage der Kommunen gegen den Kreis und eine Klage des Kreises bzw. des Kreises und der Kommunen gegen eine unzulängliche Finanzausstattung/GFG auch parallel geführt werden könnten. Klageziel müsse auf jeden Fall sein, die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten. Der Kreis könnte den Hebesatz der Kreisumlage auch auf rd. 35% senken und sein gesamtes Eigenkapital in 2011 aufzehren. Die Reaktion der Aufsichtsbehörde bliebe abzuwarten.

**BM Helmenstein** hält Vorgaben der Verwaltungsführung an die Dezernate/Fachämter zur Unterbreitung von Sparvorschlägen für erforderlich. Auch Maßnahmen mit geringem finanziellem Konsolidierungspotential müssten umgesetzt werden. Das Argument „hierdurch könne der Haushalt auch nicht gerettet werden“, sei ein Totschlagargument. Beispiel sei der Ehrungskatalog des Kreises, der noch Einsparpotential enthalte.

**KTM Biesenbach** erklärt, dass der Kreis die Wünsche der Bürgermeister zur Kenntnis genommen habe. Die CDU halte aber nach wie vor daran fest, zunächst alle Positionen auf Einsparpotential zu untersuchen und dann bei Erfolg die Kreisumlage entsprechend zu senken. Das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept sehe neben einer erheblichen Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in 2011 und den Folgejahren auch eine Verstetigung des Hebesatzes für die Folgejahre und damit Planungssicherheit für die Kommunen vor. KTM

Biesenbach bekräftigt erneut das Angebot einer gemeinsamen Klage des Kreises und der Kommunen gegen eine unzureichende Finanzausstattung/GFG.

**KTM Schäfer** plädiert für politische Sparvorgaben des Kreistages an die Verwaltung. Er halte den AK-Finzen für sinnvoll. Ggf. sollte die Verabschiedung des Haushalts verschoben werden.

**Herr Trompeter** weist darauf hin, dass der Kreis momentan von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) geprüft werde. Die Ergebnisse der GPA-Prüfung sollten abgewartet und bei den Sparüberlegungen berücksichtigt werden.

**BM Bukowski** führt aus, dass die Bürgermeister stärker in die Suche nach Sparpotenzial des Kreises eingebunden werden sollten und erklärt seine Bereitschaft zur Mitwirkung.

Die Vorsitzende, **KTM Ahus**, fasst den bisherigen Diskussionsverlauf der Sitzung unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem AK-Finzen wie folgt zusammen:

1. Es konnte keine Einigung über die Höhe des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage für 2011 ff. erzielt werden.
2. Die Gespräche zwischen Kreis und Kommunen sollen fortgesetzt werden.
3. Der AK-Finzen soll fortgeführt werden. Die Ergebnisse der GPA-Prüfung sollen im Arbeitskreis ausgewertet werden.
4. Die Bürgermeister müssen entscheiden, ob sie gemeinsam mit dem Kreis eine Klage gegen eine unzureichende Finanzausstattung (GFG) und/oder gegen den Kreis/die Kreisumlage Klage erheben wollen.

**KTM Schäfer** regt an, auch in den Folgejahren jeweils vor Beginn der Haushaltsberatungen eine Sitzung des Finanzausschusses – mit Beteiligung der Bürgermeister - vorzusehen.

**KTM Wurth** führt aus, dass die Beratungen fortgeführt, heute aber kein Beschluss gefasst werden sollte. Die Ergebnisse der heutigen Sitzung müssten zunächst fraktionsintern abgestimmt werden. Über die weitere Vorgehensweise müsse man sich in den anstehenden Haushaltsberatungen verständigen.

\* \* \* \* \*

<b>Zu TOP 3:</b>	<b>Anträge</b>	
	Es liegen keine Anträge vor.	

<b>Zu TOP 4:</b>	<b>Anfragen</b>	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

<b>Zu TOP 5:</b>	<b>Mitteilungen</b>	
	Es liegen keine Mitteilungen vor.	

<b>B Nichtöffentlicher Teil</b>
---------------------------------

<b>Zu TOP 6:</b>	<b>Anträge</b>	
	Es liegen keine Anträge vor.	

<b>Zu TOP 7:</b>	<b>Anfragen</b>	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

<b>Zu TOP 8:</b>	<b>Mitteilungen</b>	
	Es liegen keine Mitteilungen vor.	

\* \* \* \* \*

gez.  
 \_\_\_\_\_  
 Margit Ahus  
 - Vorsitzende -

gez.  
 \_\_\_\_\_  
 Ralf Wurth  
 - Ausschussmitglied -

gez.  
 \_\_\_\_\_  
 Wolfgang Hamm  
 - Schriftführer -

gez.  
 \_\_\_\_\_  
 Gesehen:  
 Hagen Jobi  
 - Landrat -

gez.  
 \_\_\_\_\_  
 Jochen Hagt  
 - Kreisdirektor -